



DER VORSTAND
Achim Kaschub
Gundel Timm
Thorsten Maaß
Christina Kaluza
Karsten Lüpke

www.slv-bremen.de
Bremen, 30.11.2024

Schulleitungsvereinigung Bremen e.V. fordert „Runden Tisch“ für Bremer Schulen

Bremer Schulen haben laut § 3, Absatz 4, Bremer Schulgesetz den Auftrag, sich zu inklusiven Schulen zu entwickeln.

Inklusion bedeutet, dass alle Schüler:innen gemeinsam unterrichtet werden, auch wenn sie verschieden sind: So gibt es Jungen und Mädchen mit besonderen Begabungen und Kinder, die zweisprachig aufwachsen und Kinder, die eine besondere Förderung benötigen und Kinder mit Beeinträchtigungen. Diese Vielfalt stellt eine Bereicherung für den Unterricht und das Schulleben dar.

Alle in Schule und für Schule Tätigen sind verantwortlich für den gemeinsamen inklusiven Unterricht. Um diesen zu gewährleisten, haben die multiprofessionellen Jahrgangs-, Klassen- und Fachteams an Bremer Schulen Strukturen für verbindliche pädagogische Absprachen und durchgängige Unterrichts- und Lernkonzepte.

Damit jedes Kind entsprechend seinen Begabungen, Voraussetzungen und Fähigkeiten optimal gefördert wird, wird der Unterricht so gestaltet, dass sowohl individualisiertes als auch gemeinsames Lernen in der Lerngruppe ermöglicht wird. Dies erfordert einen qualitätsvollen Unterricht, der didaktisch und methodisch auf die individuellen Bedürfnisse eingeht, passende Lernangebote anbietet und Hindernisse abbaut.

Die Bremer Schulleitungen (SL) stellen fest, dass aufgrund von:

- Personalmangel,
- struktureller Überforderung durch zu hohe Unterrichtsverpflichtung und zu große Aufgabendichte von SL und Kolleg:innen,
- finanziellem Ressourcenmangel
- und mangelhafter Organisation und Kooperation in der Bildungsverwaltung.

ein an die individuellen Bedürfnisse angepasstes Lernangebot (s.o. Brem SchulG) häufig nicht angemessen angeboten werden kann.

Die Herausforderungen in Bremen sind groß und wachsen ständig:

- Der Anteil von Schüler:innen, die aufgrund von sozialer Benachteiligung, Migration und Armut in den Herkunftsfamilien nicht die Voraussetzungen für barrierefreies Lernen mitbringen, sind die höchsten im deutschlandweiten Vergleich der Bundesländer.
- Bremer Schulen haben in den letzten Jahren weit über ihre Kapazitätsgrenze Schüler:innen aufgenommen, ohne dass dafür adäquat personelle, räumliche und finanzielle Ressourcen angepasst wurden.
- Der Auftrag und die Aufgaben der Bremischen Schulen hat sich in den letzten zehn Jahren enorm verändert. Beispiele sind hier der Ausbau des Ganztags oder die Einrichtung der Zentren für unterstützende Pädagogik an allen Schulen.

Die Bremer SL und die Kollegien zeigen seit Jahren einen außerordentlichen Einsatzwillen, starkes Engagement und hohe fachliche und pädagogische Expertise, um trotz aller Probleme den oben genannten Herausforderungen gerecht zu werden und eine „gute Schule für Alle“ zu verwirklichen. Die Belastung des Systems Schule ist aber in den letzten Jahren so angestiegen, dass eine für die Mitarbeitenden vertretbare Grenze zur Wahrung von Gesundheit sowie beruflicher Verwirklichung und Wirksamkeit schon längst überschritten ist.

Die gemeinsame Unterrichtung aller Schüler:innen unter Berücksichtigung der Diversität wird von den Beteiligten in den Bremer Schulen angesichts der sozialen Ausgangslage als alternativlos und absolut erhaltenswert betrachtet und ist das Aushängeschild des Bremer Schulsystems im Vergleich der Bundesländer. Alle Schüler:innen Bremens profitieren davon.

Aufgrund der unzureichenden Ausstattung auf vielen Ebenen, ist es in den letzten Jahren dennoch nicht gelungen,

- soziale Ungleichheit zu verringern,
- alle Schüler:innen am sozialen und kulturellen Leben teilhaben zu lassen und
- zu überlegtem persönlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln zu befähigen.

Die SLV Bremen fordert daher den Bremer Senat und alle politischen Verantwortlichen dazu auf, Bremer Kinder und Jugendlichen wieder in den Fokus zu nehmen und Bildung als zentralem Zukunftsbaustein absolute Priorität einzuräumen und vor dem Kollaps zu bewahren. Dazu ist es notwendig,

- die Bildungsausgaben pro Schüler ab sofort so zu erhöhen (z.B. über ein Sondervermögen Bildung), dass sie sich den Standards der anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin schrittweise anpassen,
- transparent zu kommunizieren, wie der Bremer Senat dem jetzigen und bevorstehenden deutlichen Anstieg der Schüler:innenzahlen konzeptionell und finanziell begegnen wird,
- die Verantwortlichkeit strukturell und effizient zu bündeln, so dass Soziales, Gesundheit, Kinder und Bildung von Kindern und Jugendlichen in einem Ressort organisiert werden.

Diese altbekannten Forderungen sind gerade in einer Zeit finanzieller Not eines Bundeslandes wie Bremen umso wichtiger, da die Folgekosten deutlich höher ausfallen werden, sollten oben genannte Maßnahmen nicht sofort erfolgen. Außerdem sind sie für die Zukunft nachfolgender Generationen und den Erhalt des Bundeslandes alternativlos.

Konkrete Maßnahmen des Ressorts Kinder und Bildung sind aus Sicht der Schulleitungsvereinigung Bremen e.V.:

- die Entlastung der Lehrer:innen von unterrichtsfremden Aufgaben, damit sie ihre Arbeitszeit stärker als bisher der tatsächlichen Kernaufgabe Unterricht widmen können. Hierzu ist es u.a. notwendig, die Geschäftszimmer zu stärken, um mehr Verwaltungsaufgaben von SL und Lehrkräften zu übernehmen. Zusätzliches Personal zur Unterstützung bei der Unterrichtsvorbereitung, Verwaltung von Materialien Umsetzung und Medientechnik (digitaler Support) kann zusätzlich Entlastung schaffen.
- Funktionsstellen in Leitungsteams von Schulen - besonders in den Zentren für unterstützender Pädagogik - müssen schnellstmöglich besetzt und dadurch attraktiver werden, dass für den Bereich „Fördern für alle Schüler:innen“, welcher bei den jeweiligen Zentren für unterstützende Pädagogik verortet ist, zusätzliche Leitungsstunden bereitgestellt werden. Gerade in den Grundschulen ist dies deutlich zu gering bedacht und die notwendigen Aufgaben sind derzeit nicht adäquat zu leisten. Wir gehen davon aus, dass zukünftig sogar zusätzliche Funktionsstellen in Schulleitung geschaffen werden müssen.
- Statt weiterer Umstrukturierungen der Behörde, die in vielen Bereichen die Desorganisation eher verstärkt haben, sollten interessierte Standorte (anfangs z.B. mit Pilotschulen) die Gelegenheit erhalten, Angelegenheiten des Schulbetriebs im wirtschaftlichen Bereich und beim Personal (*vgl. BremSchulG §9, Absatz 1, Satz 3ff*) in tatsächlicher und alleiniger Selbstverantwortung zu führen. Dadurch können sie zeitnah und passgenau auf Veränderungen bzw. Herausforderungen reagieren und zum zentralen Baustein werden, um Bildung in Bremen zukünftig krisenfester zu gestalten und effizienter zu organisieren.

Ohne solche und weitere spürbare und zeitnahe Konsequenzen kann das Bremer Schulsystem seinen Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Wir von der Schulleitungsvereinigung Bremen e.V. fordern daher die sofortige Einrichtung eines „runden Tisches“ zum Thema „Stärkung der Bremer Bildung“ unter Beteiligung des Bremer Bürgermeisters, der Leitungen der Ressorts Finanzen, Gesundheit, Soziales und Bildung, der jeweils Verantwortlichen in der Bremer Senatskanzlei und der bildungspolitischen Sprecher:innen der Parteien. Hierbei bieten wir gerne unsere Beratung und Expertise an.

Kontaktadresse: Achim Kaschub (achim.kaschub@nord-com.net)